



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/12367**
Datum: 18.12.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Herr Johannes Krause
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.01.2014 12.02.2014 26.02.2014	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der Unterkunft

Wir fragen die Verwaltung:

Wie viele Umzüge von Bedarfsgemeinschaften, die Kosten der Unterkunft erhalten, wurden seit Inkrafttreten der neuen KdU-Richtlinie notwendig, weil die die Miete der Betroffenen im Sinne der Richtlinie angemessenen Unterkunftskosten (Bruttokosten) überschreitet? Wir bitten um eine Aufstellung nach Stadtgebieten.

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Halle,

Sitzung des Stadtrates am 26.02.2014
Betreff: Anfrage SPD-Fraktion zu den Kosten der Unterkunft
Vorlagen-Nummer: V/2013/12367
TOP: 9.26

Antwort der Verwaltung:

Es ist nicht möglich, die Frage zu beantworten, ob und wie viele Bedarfsgemeinschaften wegen der neuen KdU-Richtlinie umziehen mussten. Ebenso ist eine Aufstellung nach Stadtgebieten nicht möglich, da der Verwaltung lediglich Namenslisten zur Verfügung stehen, jedoch keine Angaben gemacht werden, von welchem Ort wohin umgezogen wird. Über die Motive und Gründe der Umzüge kann keine Aussage getroffen werden, da der Verwaltung nicht bekannt ist, aus welchen Anlässen die Bedarfsgemeinschaften umziehen. Diese Gründe sind nicht hinterlegt bzw. werden aktenkundig gemacht.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 230 Umzüge von Bedarfsgemeinschaften im SGB II und 30 Bedarfsgemeinschaften im SGB XII/AsylbLG mit Umzugsunternehmen durchgeführt. Davon entfallen 106 Umzüge auf den Zeitraum Juli bis Dezember 2013. Hinzukommen rund 500 Umzüge, die im Rahmen der Selbsthilfe durchgeführt wurden.

Insgesamt sind damit 760 Bedarfsgemeinschaften umgezogen.

Bei rund 20.000 Bedarfsgemeinschaften ist dies eine Quote von rund 8 %. Normal wären rund 10 %, so dass die Fluktuationsrate insgesamt eher niedrig ist.

Tobias Kogge
Beigeordneter



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Halle, 14.01.14

Sitzung des Stadtrates am 29. Januar 2014

Betreff: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu den Kosten der Unterkunft

Vorlagen-Nummer: V/2013/12367

TOP: 9.34

Antwort der Verwaltung:

Der FB Soziales ist hier auf eine Zuarbeit des Jobcenters angewiesen. Aufgrund des Umzugs der Mitarbeiter des Jobcenters ist eine Beantwortung der Anfrage derzeit nicht möglich.

Die Verwaltung bittet, die Anfrage der SPD-Fraktion in der Februar-Sitzung des Stadtrates zu behandeln.

Tobias Kogge
Beigeordneter